



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 4. Dezember 2017  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

### **A 441 Anfrage Roos Willi Marlis und Mit. über die eingestellten Mittel für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) in der AFP-Periode 2018–2021 / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Marlis Roos Willi ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Bei der Beantwortung zu Frage 1 ist uns ein Fehler unterlaufen. Laut Antwort haben per 13. November 2017 rund 49 000 Haushalte Prämienverbilligungsbeiträge erhalten. Richtig sollte es aber heissen: Per 20. November 2017 haben rund 42 890 Haushalte Prämienverbilligungsbeiträge erhalten. Ich entschuldige mich für diesen Fehler und bitte um Kenntnisnahme.

Marlis Roos Willi: Die Antwort ist unserer Meinung nach perspektivenlos, und die sozialpolitischen Ziele sind nicht richtig zu erkennen. Immerhin nehmen wir zur Kenntnis, dass im AFP davon ausgegangen wird, dass die Mittel bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) eine leicht steigende Tendenz haben. Das stimmt uns zuversichtlich. Die CVP hat die kurzfristigen Kürzungen bei der IPV als sehr stossend empfunden. So etwas wollen wir nicht mehr. Wir werden die Entwicklung der IPV im Auge behalten.

Yvonne Zemp Baumgartner: Die Antwort zeigt aus unserer Sicht ein Schönwetterbild. Es ist zwar löblich, wenn der Kanton nach Jahren seinen Anteil wieder anhebt. Wir hoffen, diese Tatsache hat auch über den Budgetprozess 2019 hinaus Bestand. Die fehlenden Zahlen der Vergangenheit verschweigen, dass die Kantonsbeiträge im Jahr 2013 höher waren, nämlich 36 Millionen Franken gegenüber 21,1 Millionen Franken und nicht wie unter Antwort zu Frage 2 ausgeführt 42,2 Millionen Franken. Wir schätzen vor allem die Antwort zur Einkommensgrenze kritisch ein. Diese wird nicht als verbindlicher Wert, sondern als flexible Grenze, je nach Situation, aufgeführt. Die Antragssteller müssen aber wissen, ob sie ein Anrecht auf Unterstützung haben. Die Regierung muss sich bewusst sein, dass in unserem Kanton mit den laufend steigenden Krankenkassenkosten immer mehr Menschen finanziell hoch belastet sind und sie deshalb auf eine finanzielle Unterstützung durch den Kanton warten, dies auch im Hinblick auf die gleichzeitige Kürzung von Stipendien und die Erhöhung diverser Gebühren und Schulgelder, die immer die gleichen Bevölkerungskreise mehrfach belasten.

Ralph Hess: Die Antwort hat uns überrascht. Der Bund erhöht seine Mittel bis 2021 und somit seinen Anteil konstant. Der Mittelzufluss des Kantons Luzern stagniert hingegen. Das hat zur Folge, dass die Bruttomittel der IPV zwar steigen, aber nur dank der Bundesgelder. Daraus muss geschlossen werden, dass auch in Zukunft der untere Mittelstand noch mehr bluten muss und es zu weiteren Einschränkungen kommen wird. Das ist aus Sicht der GLP der falsche Weg, da diese Sparmassnahmen nicht nur auf dem Rücken der Schwachen

ausgetragen werden können. Wir beobachten deshalb die weitere Entwicklung in diesem Bereich.

Christina Reusser: Ich nehme zur Antwort zu Frage 4 Stellung. Anlässlich einer kürzlich erfolgten Präsentation zum Thema Wohlstand und Armut hat Lustat eindrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass gerade die IPV bei den Sozialtransferleistungen ein sehr effizientes und effektives Mittel ist, um Armut zu verhindern. Mit Sorge stellen wir fest, dass die Definition, wer in bescheidenen finanziellen Verhältnissen lebt, sehr schnell ändern kann. Vergleicht man die vorliegende Anfrage mit einer meiner gestellten Anfrage zum Thema Prämienverbilligung, wird klar, dass der Kanton Luzern immer weniger Mittel für die IPV einsetzt, wogegen der Bund seine Mittel ständig erhöht.

Armin Hartmann: Wir müssen uns auch nach den anderen Kantonen richten. Der Kanton Luzern darf sich im Vergleich mit anderen Kantonen immer noch zeigen lassen. Es kann nicht sein, dass wir unterdurchschnittliche Ressourcen haben, aber überdurchschnittliche Leistungen damit finanzieren wollen.

Marcel Budmiger: Es kommen noch Einsparungen von über 100 Millionen Franken auf den Kanton Luzern zu. Die Regierung wird wohl nächstes Jahr Vorschläge dazu machen. Vielleicht sollte man dabei doch einmal auf die Sparvorschläge der Linken zurückkommen. Die Zwangsferien wurden gegen unseren Willen durchgesetzt, die CVP hat uns dabei keine Unterstützung geleistet. Bei den Kürzungen der IPV hat die CVP unsere Vorschläge wieder nicht unterstützt, obwohl sie erklärt, so etwas dürfe sich nicht wiederholen. Irgendwann brauchen wir aber konkrete Vorschläge; von den Rechtsbürgerlichen darf aber nicht zu viel erwartet werden, von linker Seite hingegen schon.

Michael Töngi: Wo erbringt der Kanton Luzern überdurchschnittliche Leistungen? Beim Personal? Beahlt der Kanton Luzern höhere Löhne als der Landesdurchschnitt? Ist die Arbeitszeit tiefer? Leistet der Kanton Luzern höhere IPV-Beiträge als die anderen Kantone? Oder gibt er mehr für den öV aus? Mir ist kein einziger Bereich bekannt, in dem der Kanton Luzern überdurchschnittliche Leistungen erbringt. Ich würde aber gerne die entsprechenden Zahlen sehen, falls dem tatsächlich so ist. In vielen Bereichen befindet sich der Kanton Luzern schweizweit gesehen auf den Plätzen 17 bis 24.

Armin Hartmann: Ich habe ein anderes Verständnis als Michael Töngi. Meiner Meinung nach messen sich Leistungen nicht an den Kosten.

David Roth: Vielleicht kann mir Armin Hartmann erklären, in welchen anderen Kantonen die Polizei nicht mehr kommt, wenn man sie ruft. Dabei handelt es sich nämlich um Leistungen. Die IPV ist ebenfalls eine solche Leistung. Ich weise aber nochmals darauf hin, dass es im Bereich IPV nicht zu einem Leistungsausbau kommt, auch wenn es die in der Antwort aufgeführten Zahlen so suggerieren. Es kommt jedes Jahr zu einem Leistungsabbau, vor allem für Familien mit Kindern und tiefen Einkommen. Jedes Jahr werden Hunderte von Menschen in diesem Kanton weniger oder gar keine IPV mehr erhalten.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Bei der IPV kommt es tatsächlich zu keinem Leistungsausbau, sondern die Anzahl der Personen, die Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe beziehen, ist stetig am Steigen. Der Kanton Luzern befindet sich sicher nicht an der Spitze, was die IPV angeht, aber auch nicht ganz am Schluss, sondern irgendwo in der Mitte. Der untere Mittelstand ist gut abgedeckt, aber beim oberen Mittelstand fehlen Mittel. Im Ganzen gesehen hat der Kanton Luzern nicht viel mehr eigene Mittel investiert. Um der genannten Perspektivlosigkeit entgegenwirken zu können, brauchen wir aber einfach mehr Mittel, anders geht es nicht.